

Protokoll

der 4. Sitzung des Studentenparlamentes am 13.11.63

Beginn: 18.22 Uhr

Präsidium: H. Fitjer

Aufzählung der Anwesenden nicht möglich, da Anwesenheitsliste verschollen

H. Fitjer: stellt Beschlussfähigkeit fest, begrüsst Anwesende und eröffnet die Sitzung

Es liegen Dringlichkeitsanträge der Herren Kulla, Berg und Stoltz zur TO vor. Nach kurzer Diskussion über die Anträge wird eine vom Vorschlag des Parlamentspräsidenten abweichende Tagesordnungsfassung bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen.

Die Tagesordnung lautet mithin:

1. Festlegung der Tagesordnung und Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen,
2. Protokolle (inklusive Dringlichkeitsantrag Stoltz),
3. Personalien (inklusive Dringlichkeitsanträge des H. Berg),
4. Sitzordnung im Parlament,
5. Berichte des Vorstandes,
6. Anfragen an den Vorstand,
7. Umorganisation des Reiserferates,
8. Satzung der Studentenschaft,
9. Bericht über eine Polenreise (Ekardt),
10. Studentenwerk - Satzungsfragen,
11. Wohnheimkommission.

TOP 2: Protokolle

Das Protokoll der 11., letzten Sitzung (11. Juni 63), der vorigen Amtsperiode wird bei 11 Enthaltungen ohne Gegenstimme angenommen.

Das erste Protokoll der Amtsperiode 63/64 wird bei drei Enthaltungen ohne Gegenstimme angenommen.

Herr Fitjer: stellt fest, dass die Protokolle der vertagten 2- Sitzung sowie der 3. Sitzung bisher noch nicht vorliegen. Er betont die Wichtigkeit des Protokolls und bittet, die Protokollarbeit zu unterstützen.

Es ergibt sich eine Debatte über den Dringlichkeitsantrag Stoltz: 'Es werden weitere zwei Protokollführer benannt, welche im turnusmässigen Wechsel mit den Herren Stoltz und Krippner Protokoll führen sollen. Es soll hierdurch eine gleichmässigeren Auslastung der beauftragten Herren gewährleistet werden'.

Herr Müller: stellt fest, dass die Protokollführer sich nicht an Diskussionen beteiligen können. Vielleicht sei es sinnvoll, dass sich die Herren etwas mehr einsetzen, die sowieso an keiner Diskussion teilnahmen.

Es wird in einer ~~kurzen~~ kurzen Diskussion auf die verschiedenen Möglichkeiten hingewiesen, sowie auf die Schwierigkeiten, die sich ergeben. Die Hochschulöffentlichkeit liest das Protokoll, daher müssen gewisse Anforderungen gestellt werden. Die bisherigen Protokolle werden jedoch meist viel zu ausführlich geführt und haben mehr den Charakter eines Wortprotokolls. Die unmittelbare Verwendung technischer Möglichkeiten (Aufnahmen der gesamten Sitzung auf Tonband) stösst auf technische Schwierigkeiten und ist auch wegen der Satzung 'Vorschrift: Sinnprotokoll' nicht gangbar.

Es lassen sich während der Sitzung keine neuen Kandidaten für das Amt des Protokollführers finden. Eine Wahl ist mithin nicht durchführbar.

Herr Franke: stellt Antrag auf Schluss der Debatte über die Fragen der Protokollführung.
Der Antrag wird mit 37:2:2 Stimmen angenommen.

Der Antrag Stoltz ist mihin abgelehnt.

TOP 3: Personalia

Herr Berg: stellt den Antrag, Herrn Knobloch zum neuen Freitischsachbearbeiter zu ernennen.
Herr Knobloch wird mit 41 :0:0 Stimmen als neuer Freitischsachbearbeiter bestätigt.

Auf Antrag des Herrn Berg wird Herr Gerhardt als Sachbearbeiter für verbilligte Buchlieferungen bestätigt (40:0:1).

Auf Antrag von Herrn Berg werden Fräulein Treede sowie Herr Stoltz als neue Mitglieder der Mensakommission bestätigt (40:0:1).

Auf Antrag von Herrn Berg als neue Mitglieder des Sozialausschusses, der bereits zweimal getagt habe, Frl. Treede und die Herren Berg, Buchholz, Gerhardt, Nier, v. Ortenberg, Roedler und Waßmuth mit 38:0:3 Stimmen bestätigt.

Auf Antrag von Herrn Franke wird der Hauptförderungsausschuss mit den Herren Berg und Franke weiterbesetzt (39:0:2)

Herr Sälzer: bittet Herrn Wittern, den neuen Referenten für Politik und Gesamtdeutschland 1964, schon ab sofort für den Rest der Amtszeit 63 als Referenten für Politik und Gesamtdeutschland zu bestätigen.

Der Antrag wird mit 41:0:1 Stimmen angenommen.

Auf Antrag von Herrn Sälzer wird Herr Kümmel als Vertreter der Gewerbelehrer als Sachbearbeiter bestätigt (40:0:2)

TOP 4: Sitzordnung im Parlament

Herr Rauck: berichtet dem Parlament, der Ältestenrat habe grundsätzliche Fragen behandelt, u.A. auch zum Protokoll. Man sei der Ansicht gewesen, eine feste Sitzordnung erleichtere die Arbeit. Die Sitzordnung wurde vervielfältigt, da jedes Parlamentsmitglied ein Exemplar erhalten sollte. Die Meinungen, welche im Pamphlet der 'dds' die hohen Kosten anprangern, wolle man jedoch von der Frage der Nützlichkeit einer Sitzordnung getrennt behandeln. Das Parlamentspräsidium habe bezüglich der reibungslosen Abwicklung der Parlamentssitzungen eine Exekutivfunktion. Es müsste allerdings das Parlament um Bewilligung des zur Herstellung der Sitzordnungen nötigen Geldes gebeten werden.

In einer Diskussion werden prinzipielle Bedenken gegen den Sinn einer festen Sitzordnung geäußert. Die Fachschaften sässen sowieso szusammen. Eine Flexibilität in der Arbeit werde durch eine Sitzordnung gehemmt, da dann Unterhaltungen etc. zwischen verschiedenen Parlamentariern, die nicht zusammensässen, praktisch nicht möglich seien. Es wird festgestellt, dass eine Liste der Parlamentarier denselben Zweck erfülle, wie eine Sitzordnung, jedoch preiswerter sei und sich flexibler handhaben lasse

Herr Wisnikow: stellt den Antrag:

'Es wird keine feste Sitzordnung für die Parlamentsitzungen eingeführt. Alle Parlamentarier verpflichten sich, nach Möglichkeit das Hin- und Herlaufen im Sinne einer Beschleunigung der Parlamentsarbeit zu unterlassen'.

Herr Funfack: schlägt vor, die Sitzordnung einzuführen, sie jedoch nur bei Abstimmungen gelten zu lassen.

Gegen den Antrag Wisnikow wird argumentiert, dass es bereits eine Vielzahl von Verpflichtungen gebe, von denen die meisten nicht durchgeführt würden.

Der Antrag von Herrn Wisnikow wird mit 24:0:6 Stimmen angenommen.

TOP 5: Berichte des Vorstandes

Herr Sälzer: berichtet über die Ergebnisse im Plan der Studentenschaft, ein Wohnheim zu bauen. Bei der Stadt Darmstadt zeige sich bisher keine grosse Bereitwilligkeit, trotz Aktivität des Vorstandes seien keine Erfolge zu verzeichnen.

- Herr Berg: berichtet über den Stand der Verhandlungen in der Frage zum Beitritt zur DSKV. Der Senat habe Gebührenerhöhung gebilligt und dem Parlamentsbeschluss zum Beitritt zugestimmt. Der Beschluss befinde sich nunmehr in Wiesbaden, auf weiteres werde gehofft.
- Herr Franke: berichtet über die geringe Exkursionstätigkeit der Lehrstühle wegen der vielen Arbeit, mit der sie ausgelastet seien. Vorschlag, die Fachschaften mit Durchführung von Exkursionen beauftragen zu lassen.
- Herr Berg: berichtet über einen Vertrag mit Darmstädter Buchhändlern über die Möglichkeiten verbilligter Buchlieferungen an bedürftige Studenten. Die Bedürftigkeit sei von der Studentenschaft festzustellen. Gemäss Vertrag werde die Ermässigung von 15 % zu je der Hälfte von Buchhändlern und Verlegern getragen.
- Herr Sälzer: berichtet über die Zustände im Bürobetrieb des AStA. Eine Gebührenerhöhung sei endgültig noch nicht möglich, da der Vermögensbeirat befragt werden müsse. Das sei bisher nicht möglich gewesen. Es sei erforderlich, notwendigstes Material für das Büro zu beschaffen. Die Verwaltung habe sich bereiteklärt, für ca. sechs Wochen pro Semester eine Halbtagskraft zur Verfügung zu stellen, ebenso eine Additionsmaschine nebst Schreibmaschinentisch.
- Herr Franke: Erwähnt die Schwierigkeiten bei den Fragen des Afrikanerstipendiums. Es sei wenig Bereitschaft da, mündlich gegebene Zusicherungen zu bestätigen.
- Herr Berg: berichtet über die grosse Anzahl von vorliegenden Freitischanträgen. Die Grenze für die Bewilligung müsse daher niedriger liegen, es gebe relativ weniger Bewilligungen.
- Herr Sälzer: berichtet über die Denkschrift des Herrn Hess. Kultusministers über die Überfüllung der Hochschulen. Die Denkschrift schlage die Festlegung einer Höchstsemesterzahl vor, nach deren Überschreiten der Hessenerlass gekürzt werden solle und verschärfte Prüfungsbedingungen zur Anwendung kommen sollten. Dagegen liege ein zweiter Vorschlag von Dr. Dichgans, MdB, vor. Ein Akademiker könne unter normalen Bedingungen erst mit 30 Jahren sein Leben selbst einrichten. Dadurch werde eine negative Auslese erreicht. Man müsse es also erreichen, die Studien so einzurichten, dass der Akademiker mit 26 Jahren in der Lage sei, eine Familie zu ernähren. Dichgans mache dazu drei Vorschläge.

1. Die Schulausbildung soll um ein Jahr verkürzt werden.
2. Das Studium solle umorganisiert und verkürzt werden.
3. Wer später Beamter werden wolle, solle schon vorher voll bezahlt werden.

Herr Berg: Dankt den Kommilitonen, die bei der Auswertung der Fragebogen zur DSKV mitgeholfen haben.

Herr Franke: äussert sich zur Frage des Bismarck-Turmes. Das Land wolle den Turm kaufen. Die Stadt wolle dann mit dem Land einen Vertrag schliessen. Es sei auf die Dauer nicht möglich, dass die Studentenschaft die Interessen der Darmstädter Spaziergänger gegen amerikanisches Militär vertrete.

Herr Sälzer: berichtet über die Beschlüsse zur Hochschulgesetzgebung. Er verweist auf eine vorliegende Broschüre des Landesverbandes des VDS.

TOP 6: Anfragen an den Vorstand

Herr Baberschke:

fragt, wie es möglich sei, dass in Freiburg jeder Student seine Bücher bei den örtlichen Buchhandlungen billiger bekomme. Er stellt ausserdem fest, dass die Buchhandlungen Rudolf Wellnitz schon seit längerer Zeit Ermässigungen an bedürftige Studenten gibt.

Herr Berg: antwortet, dies sei das Angebot der Darmstädter Buchhändler gewesen. Es hätten keine weitergehenden Forderungen gestellt werden können.

Herr Franke: antwortet, dass schon früher ein Vertrag bestanden habe und dass Herr Wellnitz demnach das längere Gedächtnis besitze. Der Freiburger Status werde von den Darmstädter Buchhändlern abgelehnt.

H. Baberschke: fragt, wer beim Freitischreferat in Zweifelsfällen die Entscheidung treffe.

Herr Berg: antwortet, dass die letzte Entscheidung beim Sozialreferenten liege. Die Fragen würden zurzeit gerade behandelt.

H. Baberschke: fragt, was mit dem Köhlerhaus in Airlenbach geschehen sei und warum man es im neuen Hochschulführer nicht mehr aufgeführt habe.

Herr Berg:

antwortet, dass das betreffende Haus eine Schenkung des Herrn W. Köhler an das Studentenwerk gewesen sei. Zurzeit sei es aus ~~xx~~ verschiedenen Gründen als Wirtschaftsbetrieb nicht mehr in Betrieb. Das Haushälterehepaar Eilingsfeldt habe seine Tätigkeit aufgegeben, ausserdem sei das Haus unwirtschaftlich gewesen.
(Ca. DM 3.000.-- bis 4.000.-- im Jahr Verlust).

Es gäbe verschiedene Möglichkeiten:

- a) ~~wirkterx~~ weiterer Betrieb wie bisher (unwirtsch.)
- b) Verkauf (jedoch wenig sinnvoll. Demnächst soll durch die betreffende Gegend eine Bundesstrasse gelegt werden. Damit würde das Haus eine beträchtliche Wertsteigerung erfahren).
- c) Vermietung (wird angestrebt).

H. Baberschke:

fragt, warum man nicht mit der Stadtküche über die Möglichkeit verhandelt habe, die Studenten während der langen Zeit, in der die Mensa im Sommer nicht betrieben wurde, mit preisgünstigem Essen zu versorgen. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten für jeden Einzelnen sei während dieser Zeit erheblich gewesen.

Herr Sälzer:

stellt fest, er habe verhandelt; die Stadtküche sei jedoch keine vernünftige Möglichkeit. Der Preis belaufe sich auf DM 1,80; das Essen sei nicht gut.

Herr Wisnikow:

fragt, ob die Studentenschaft der THD ihrer Eigenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechtes bei Verkauf des Bismarck-Turmes verlustig gehe, da doch der Bismarckturm letztlich die Ursache dafür gewesen sei, der Studentenschaft diesen Status zu geben.

Herr Sälzer:

antwortet, es sei nicht möglich, einer Körperschaft die Rechtsfähigkeit zu entziehen, wenn sie unter gleichen Bedingungen weiterbestehe. Das sei auch vom Ministerium bestätigt worden.

Herr Wisnikow:

fragt, wer für die Ausgabe der DM 40.-- für die Sitzordnung verantwortlich sei.

Herr Sälzer:

antwortet, der Ältestenrat habe eine Sitzordnung einführen wollen. Eine Arbeitsteilung sei notwendig. Diese Ausgabe lasse sich im Rahmen der allgemeinen Geschäftsausgaben ohne weiteres verantworten.

Herr Franke:

stellt den geschäftsordnungsmässigen Antrag auf Schluss der Debatte über diesen Punkt.
Der Antrag wird gegen fünf Stimmen angenommen.

- Herr v. Bonin: stellt fest, dass das Hotel Post vom Studentenwerk gekauft worden sei, und als kommerzieller Betrieb geführt werden soll. Er bittet um Erläuterung.
- Herr Sälzer: berichtet, dass das Hotel nach preiswertem Umbau als Studentenwohnheim betrieben werden soll.
- Herr Hangen: fragt, ob vom Vorstand der Studentenschaft an die Studentenschaft Informationen ergangen seien über die Pläne der Herren Schütte und Dichgans bzw. über Stellungnahme des Vorstandes der Studentenschaft dazu. Es seien von den Professoren bereits Massnahmen eingeleitet worden.
- Herr Sälzer: antwortet, Herr Kultusminister Dr. Schütte habe bisher nur Vorschläge gemacht. Eine Information sei schwierig, da die studentischen Publikationsorgane schwerfällig seien.
- Herr Kulla: fragt, warum beim diesjährigen Hochschulfest kein Gewinn entstanden sei.
- Herr Ekardt: fragt, wo die gekauften Bilder der Ausstellung 'Studenten malen, zeichnen und photographieren' seien, bzw. ob sie überhaupt gekauft worden seien.
- Herr Sälzer: antwortet, dass beim Hochschulfest 1963 Mehreinnahmen gegenüber dem Vorjahr in Höhe von DM 16.000,-- entstanden seien, und auch etwa ebensoviel Mehrausgaben getätigt worden seien. Es solle jedoch noch nicht zu diesem Zeitpunkt, sondern erst wenn genügend Material vorliege, im Parlament über diese Fragen gesprochen werden.
- Herr Schütz: Antwortet, dass die Bilder gekauft, aber noch nicht bezahlt worden seien. Wenn kein Nachtragshaushalt bewilligt werde, müsse Herr Schramm die Bilder bezahlen.
- Herr Kulla: bittet, die Zusicherung ~~hier~~ der baldigen Behandlung dieser Fragen im Protokoll festzuhalten. Er bittet den Prüfungsausschuss, die Prüfung der Hochschulfestfinanzen ~~verdringlich~~ vordringlich zu behandeln.
- Herr Rauck: stimmt dem gerne zu. Er sei erschüttert gewesen, da z.B. das Afrikaner-Stipendium vom Festüberschuss hätte bezahlt werden sollen.

TOP 7: Umorganisation des Reisereferates

- Herr Sälzer: schlägt vor, die Fragen:
- a) Umorganisation des Reisereferates,
 - b) Untersuchung des Diebstahls von DM 2.500,-- während der Ferien,
- voneinander zu trennen. Die Untersuchung solle von einem Ausschuss aus Parlamentariern vorgenommen werden.

Herr Franke: möchte erst die Konzeption des Vorstandes vorlegen und dann den Ausschuss bilden.

er berichtet: es habe eine Besprechung zwischen dem Vorstand der Studentenschaft, Herrn Reisser und Herrn Schütz stattgefunden. Es sei vorgeschlagen worden, die Arbeit in die Hand bezahlter Kräfte zu legen. Die 'Reispolitik' solle weiter in studentischen Händen bleiben. Der Plan beinhalte die Einrichtung der Reisestelle des Studentenwerkes mit einer eingearbeiteten Kraft. Beibehaltung des Reisereferates. Zwischen beiden solle eine Reisekommission stehen (je ein Vertreter des Reisereferates und der Reisestelle sowie einige Reiseleiter), um die Auswahl der Reiseziele und die Kalkulation vorzunehmen. Auch die finanzielle Tätigkeit solle in die Hände des Studentenwerkes gelegt werden. Das Studentenwerk würde hierdurch seinen Apparat zur Verfügung stellen. Die Routinearbeit würde aber abgenommen werden. Es würden auf diese Weise Kräfte frei zur Planung schöner Reisen.

In der anschliessend beginnenden Diskussion werden die Fragen der Untersuchung des Diebstahls zunächst mit denen der Umorganisation zusammen besprochen.

Herr Müller: stellt daraufhin fest, es könne nur Aufgabe des Ausschusses sein, die Umorganisation zu beraten. Den Dieb zu suchen sei nicht Aufgabe der Studentenschaft, zumal die Kriminalpolizei ihr Verfahren eingestellt habe.

Die Frage von Herrn Fitjer, wieso die Staatsanwaltschaft ihre Unterlagen eingestellt habe, da so etwas gewöhnlich erst nach einem Jahr zu geschehen pflege, kann nicht geklärt werden.

Herr Rauck: fragt, inwieweit zur Bezahlung des Schadens die Versicherung bemüht worden sei.

Herr Franke: klärt daraufhin, dass eine Versicherung gegen Einbruch bestehe, dass es sich in diesem Fall jedoch um einen Diebstahl gehandelt habe.

Herr Bartsch: stellt fest, dass eine Fortführung des Reisereferates unter den augenblicklichen Bedingungen nicht gewährleistet sei, da es unter Verwaltungsarbeit zusammenbfeche.

Es werden wiederum einige Fragen behandelt, die im Zusammenhang mit dem Problem stehen, wie es zu dem Diebstahl kommen konnte.

Herr Müller: stellt daraufhin wiederum fest, es sei nötig, die Umorganisation zu besprechen und aus den gemachten Fehlern zu lernen. Es habe keinen Sinn, kriminalistische Fragen aufrollen zu wollen.

- Herr Sälzer: kehrt zu seinem Umordnungsvorschlag zurück. Wenn jedoch im Dezember das Reisereferat zusammenbreche, müsse ~~der~~ die Frage schnell behandelt werden.
- Herr Müller: schlägt vor, einen Ausschuss zu bilden, der während der Parlamentssitzung verhandelt, damit in der Tagesordnung fortgeföhren werden könne.
- Herr Fitjer: stellt fest, es dürfe nicht unter Zeitdruck über die Sanierung des Reisereferates gesprochen werden. Sonst werde die Sache oberflächlich behandelt.

Nachdem die Dringlichkeit dieses Fragenkomplexes noch einmal dadurch festgestellt wird, dass Herr Bartsch versichert, er könne sich nicht länger über Wasser halten und der Zusammenbruch sei keine leere Drohung, wird der Vorschlag gemacht, die Punkte:

Umorganisation des Reiserferates
sowie
Prüfung der bisherigen Situation des Reisereferates und Bericht.
von einander abzuhennen.

Herr Franke: unterstützt den gemachten Vorschlag.

Herr Müller: spricht nochmals für Bildung eines Ausschusses, der während der ~~XXXXX~~ Parla mentssitzung tagen soll, und der die Argumente für die Umorganisation prüft und dem Parlament berichtet.

Der Antrag wird mit 4:33:4 Stimmen abgelehnt.

Herr Funfack: bringt einen Antrag auf Bildung eines Ausschusses ein, der mit ~~XXXXXX~~ 40:1:0 Stimmen angenommen wird.

Herr Schütz: stellt den Antrag:
'Der Ausschuss zur Umorganisation des Reisereferates besteht aus fünf Personen'.

Der Antrag wird mit 37:3:1 Stimmen angenommen.

In den Ausschuss zur Beratung der Umorganisation des Reisereferates werden die Herren: Müller, Franke, Waßmuth, Wittern, Baberschke, mit 39:1:1 Stimmen gewählt.

Herr Rauck: stellt fest, er könne als Ältestenratsmitglied im Ausschuss jederzeit gehört werden, er habe etwas vorzubringen.
Er schlägt desweiteren vor, in der folgenden Woche eine a.o. Parlamentssitzung abzuhalten, vorher jedoch hektographierte Blätter mit dem Bericht des Ausschusses herauszugeben.

Daraufhin wird TOP 7 vertagt.

TOP 8: Satzung der Studentenschaft

Herr Franke: berichtet, der Senat habe die Satzung mit Vorbehalten gebilligt. Ein Teil der erbetenen Änderungen seien redaktioneller Natur.

Herr Fitjer stellt fest, dass über Satzungsänderungen Punkt für Punkt abgestimmt werden müsse.

Herr Franke: liest die Satzungsänderungen in erster Lesung.

Die von Herrn Franke als redaktionelle Änderungen bezeichneten Veränderungen werden einstimmig als solche anerkannt und genehmigt.

Herr Franke: empfiehlt bezüglich Art. 4 den Senatsvorschlag anzunehmen.

Die Änderungen werden mit 34:0:3 Stimmen angenommen (erforderliche 2/3-Mehrheit = 34).

(Zum Wortlaut der neuen Fassung siehe Anlage 1 dieses Manuskriptes.)

Herr Franke: legt die Änderungen des Art. 36 vor. Die Veränderungen werden mit 36:0:0 Stimmen angenommen. (Wortlaut siehe Anlage 1)

Herr Franke: stellt fest, dass jetzt die Gültigkeit der Satzung für nur noch die Genehmigung durch den Minister und die Veröffentlichung im Amtsblatt aussteht.

TOP 9: Bericht über eine Polenreise

Im Auftrag des Fachverbandes Bauingenieurwesen unternahm Herr Ekardt eine Reise nach Polen.

Herr Ekardt: verliest seinen Bericht (Wortlaut des Berichtes liegt schriftlich vor). Er will ein von ihm vorgelegtes Schreiben vom Parlamentspräsidenten an verschiedene Stellen verschicken lassen (Das Schreiben liegt schriftlich vor). Dazu soll das Schreiben zunächst vom Parlament als Resolution verabschiedet werden. Er berichtet, dass im VDS vom stellvertr. Vors. Herrn Bender, bekanntgemacht worden sei, jener habe in Mailand auf einer Tagung von dem Polnischen Vertreter gehört, falls die Situation mit den Einreisevisa nicht geklärt werde, könnten die Polen kein Interesse mehr am Praktikantenaustausch haben.

- Herr Wittern: gibt zu bedenken, ob es nicht sinnvoll sei, genauere Informationen einzuholen.
- Herr Ekardt: gibt zu, dass es letztlich eine Vertrauenssache sei. Die Fakten seien nach Prüfung jedoch unbestritten. Den Angaben sei nachgegangen worden. Die Behinderungen seien durch das Innenministerium erfolgt.
- Herr Rauck: fragt, nach welchen Gesichtspunkten die Polen ausgewählt worden seien.
- Herr Ekardt: antwortet, Voraussetzung für Reisen ins westliche Ausland sei die Mitarbeit im allerdings undogmatischen Polnischen Studentenverband ZSP.
- Herr Rauck: stellt fest, es bestünden besondere Aufgaben bezüglich Kontakten zum Ausland und Überschreitung der Grenzen.
- Herr Ekardt: stellt fest, es dürfe nicht geschwiegen werden. Der Rektor der TH Warschau habe sich 1 1/2 Std. mit ihm unterhalten.
- Herr Kulla: übernimmt den Antrag des Herrn Ekardt (Resolution) Der Antrag wird mit 34:1:4 Stimmen angenommen.

TOP 10: Studentenwerk - Satzungsfragen

Herr Sälzer: hält die Tragweite dieses Fragenkomplexes für zu erheblich als dass man ihn zu so später Stunde unter Zeitdruck behandeln könne. Er schlägt vor, die TOP 10 und 11 zusammen mit TOP 7 auf Donnerstag, den 21. November 63 um 18.00 Uhr zu vertagen.

Der Antrag wird mit 34:4:1 Stimmen angenommen.

Die Sitzung wird daraufhin auf Donnerstag, den 21.11.63 um 18.00 Uhr vertagt.

Vertagung der Sitzung um 23.35 Uhr.

Darmstadt, den 29.1.64

Protokollant: *M. Staltz* Vorstand: *U. Lühr*
Parlamentspräsident: *H. Rauck (stellvertretend)*
ausgehängt am: *29.1.64* abgehängt am: *5.2.64*
genehmigt am: *5.2.64* mit *18/0/7* Stimmen *E*